

IV.47

Demokratie und politisches System

Der deutsche Föderalismus – Ein Staat aus Staaten?

Max Metz



© RAABE 2024

© Teka77/iStock/Getty Images Plus

Der Bund wird durch die Bundesländer gebildet – das wird durch den Föderalismus festgelegt. Dabei ist der Föderalismus ein zentrales Gebilde im politischen System Deutschlands. In dieser Einheit lernen die Schülerinnen und Schüler, wie die verschiedenen Ebenen des Föderalismus zusammenarbeiten und setzen sich mit deren Chancen und Herausforderungen auseinander.

KOMPETENZPROFIL



Dauer:	10 Unterrichtsstunden + Abschlusstest
Kompetenzen:	eine Plenumsdiskussion führen; Aufgaben von Bundestag und Bundesrat unterscheiden; Föderalismus anhand von politischen und wirtschaftlichen Beispielen nachvollziehen
Thematische Bereiche:	Föderalismus, Demokratie, Politische Strukturen und Mitwirkung, Föderalismus im Alltag
Medien:	LearningApp, Schaubilder
Medienkompetenzen:	Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren; Erstellen einer PowerPoint
Zusatzmaterialien:	Abschlusstest

Didaktisch-methodische Hinweise

Um was geht es inhaltlich?

Was versteht man unter Föderalismus und welche Bedeutung hat er für die Bundesrepublik Deutschland? Die Schülerinnen und Schüler werden mit dem Konzept des Föderalismus vertraut gemacht. Durch Vergleiche werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit anderen Ländern, aber auch anderen Konzepten wie etwa Firmen deutlich. Die Lernenden erkennen die Herausforderungen und die sich bietenden Chancen dieses Systems und erhalten die Möglichkeit, mit Beispielfällen den Föderalismus selbst „durchzuspielen“.

Wie ist die Unterrichtseinheit aufgebaut?

Die Unterrichtseinheit bietet eine vielfältige Mischung aus Einzel- und Gruppenarbeit. Ergebnisse aus Gruppenarbeiten werden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Rollenspiele ermöglichen es, sich in verschiedene Akteure und Situationen hineinzusetzen. Ziel ist es somit, politische Mechanismen nicht nur in der Theorie vorzustellen, sondern sie auch praktisch zu veranschaulichen und spielerisch erfahrbar zu machen.

Die Aufgaben verfügen über verschiedene Schwierigkeitsgrade. Sie bauen teilweise aufeinander auf oder vertiefen bekannte Aspekte.

Was muss bekannt sein?

Grundkenntnisse zum Thema Politik sind vorauszusetzen. Außerdem ist es von Vorteil, wenn die Schülerinnen und Schüler mit der modernen deutschen Geschichte und politischen Strukturen der Bundesrepublik vertraut sind. Kenntnisse über aktuelle Entwicklungen in der deutschen und europäischen Politik können integriert werden.

Medienkompetenzen (KMK)

- (1) Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren: zielgerichtete Internetrecherche durchführen (M 6)
- (2) Kommunizieren und Kooperieren: Internet-Recherche teilen (M 7)
- (3) Produzieren und Präsentieren: Erstellung einer PowerPoint (M 7)
- (4) Schützen und sicher agieren: Verlässliche Informationsquellen suchen (M 6)
- (5) Problemlösen und Handeln: LearningApp als digitales Werkzeug nutzen (M 3)
- (6) Analysieren und Reflektieren: Video-Material auswerten (M 2)

Auf einen Blick

1./2. Stunde

Thema:	Was versteht man unter Föderalismus?
M 1	Was bedeutet Föderalismus?
M 2	Der Bund und die Länder – Föderalismus in Deutschland
M 3	Vom Deutschen Bund zur Bundesrepublik – Geschichte des Föderalismus
Inhalt:	Die Lernenden machen sich mit dem politischen System Föderalismus vertraut. Sie analysieren Text-, Grafik- und Video-Material und erfahren, wie der Föderalismus in Deutschland entstanden ist.
Benötigt:	Internetzugang, Farbstifte

3. Stunde

Thema:	Föderalismus außerhalb der Politik
M 4	Föderalismus in der Wirtschaft? – Franchise-Restaurant und Kleingartenverein
Inhalt:	Die Lernenden arbeiten im Team Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Föderalismus und einem Franchise-Restaurant oder Kleingartenverein heraus.
Benötigt:	Münze oder etwas Ähnliches (für das Losverfahren)

4. Stunde

Thema:	Demokratische Systeme im Vergleich
M 5	Föderalistisch oder zentralistisch? Frankreich und Deutschland im Vergleich
Inhalt:	Die Lernenden analysieren unterschiedliche politische Systeme.

5. Stunde

Thema:	Föderalismus in der Bildungspolitik
M 6	Welche Aufgaben haben die Länder? – Das Beispiel Bildungspolitik
Inhalt:	Die Lernenden recherchieren selbstständig zum Thema Schule und Bildung in verschiedenen Bundesländern.
Benötigt:	Internetzugang

6./7. Stunde

Thema: Föderalismus praktisch anwenden

M 7 **Föderalismus im Klassenraum– Projekt und Präsentation**

Inhalt: Die Lernenden diskutieren und planen ein Vorhaben und stellen es anderen vor.

Benötigt: Internetzugang, Computer mit Präsentationssoftware, Beamer/Whiteboard

8. Stunde

Thema: Diskussion über den Föderalismus

M 8 **Gegenseitige Unterstützung durch den Finanzkraftausgleich?**

M 9 **Vor- und Nachteile des Föderalismus**

Inhalt: Die Lernenden wägen Vor- und Nachteile des Föderalismus anhand des Länderfinanzausgleichs, bzw. Finanzkraftausgleichs, ab.

9./10. Stunde

Thema: Wie geht es weiter mit dem Föderalismus?

M 10 **Der deutsche Föderalismus und die EU**

M 11 **Die Föderalismus-Reform**

Inhalt: Die Lernenden schlüpfen für ein Rollenspiel in die Perspektive verschiedener Akteure und suchen einen gemeinsamen Konsens. Sie erfahren etwas über die politische Arbeit und üben konstruktive Kritik. Sie lernen Gesetze zu verstehen.

Benötigt: Münze oder etwas Ähnliches (für das Losverfahren), DIN-A4-Papier

Abschlusstest

M 12 **Abschlusstest**

Hinweise und Erwartungshorizonte

Was bedeutet Föderalismus?

M 1

Aufgaben

1. Lesen Sie den Text und fassen Sie die zentralen Aussagen in wenigen Sätzen zusammen.
2. Beantworten Sie die folgenden Fragen:
 - a) Was unterscheidet einen Staat mit föderalen Strukturen von einem Staat, der dieses politische System nicht hat?
 - b) Welche Möglichkeiten einerseits und welche Begrenzungen andererseits entstehen durch den Föderalismus?

Was bedeutet Föderalismus?

Föderalismus – das Wort leitet sich vom Lateinischen „foedus“ ab, was „Bündnis“ oder „Bund“, aber auch „Vertrag“ bedeutet. Das erklärt bereits einen entscheidenden Aspekt dieses politischen Konzepts: Einzelne Länder formen mit festgelegten Regeln einen größeren Zusammenschluss. Dabei geben die Einzelstaaten bestimmte Rechte und Kompetenzen ab, jedoch ohne ihre Legitimität¹ zu verlieren oder ihre Autonomie² vollkommen einzubüßen. Die Mitgliedsländer verfügen weiterhin über eigene Landesverfassungen und politische Institutionen für Exekutive, Judikative und Legislative³. Sie können also in einigen Bereichen immer noch Entscheidungen treffen, die entsprechend Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger des eigenen Landes haben. In anderen Bereichen folgen sie Weisungen, die von übergeordneter Stelle kommen.

Die Geschichte des Föderalismus

Föderale Strukturen lassen sich in vielen Ländern finden, zum Beispiel in den USA oder in Deutschland, wie in beiden Fällen bereits durch die Namen – „Vereinigte Staaten von Amerika“ und „Bundesrepublik Deutschland“ – zum Ausdruck kommt⁴.

Die grundsätzliche Idee des politischen Konzepts Föderalismus ist jedoch keine Erfindung der Neuzeit. Schon in der Antike gab es föderalistische Systeme und im Mittelalter existierten Verflechtungen zwischen Königen und Fürsten. Für den deutschen Raum waren die gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Kultur hierbei verbindende Elemente. Sie sollten besonders im 19. Jahrhundert eine starke Rolle spielen, als das deutsche Kaiserreich gegründet wurde.

¹ Legitimität = Rechtmäßigkeit

² Autonomie = Unabhängigkeit

³ Meistens wird die Staatsgewalt in drei Bereiche unterteilt, die Exekutive, Judikative und Legislative. Dabei ist die Exekutive die ausführende Gewalt, die Legislative die gesetzgebende Gewalt und die Judikative die rechtsprechende Gewalt. Durch die Aufteilung in diese drei Bereiche soll ein Machtmissbrauch verhindert werden.

⁴ Bundesrepublik beschreibt die Zusammenkunft der Länder in einem „Bund“. Deshalb gibt die offizielle Bezeichnung von Deutschland darauf Hinweis, dass es sich um ein föderalistisches System handelt. Genauso ist es bei den USA, bei denen auf mehrere Staaten im Namen hingewiesen wird.

Der Bund und die Länder – Föderalismus in Deutschland

M 2

Aufgaben

1. Sehen Sie sich das Erklärvideo „Bundespolitik = Landespolitik? | Mirko Drotschmann erklärt Föderalismus“ von JUGEND PRÄGT bis Minute 4 an.
<https://raabe.click/Video/Foederalismus>
2. Beantworten Sie folgende Fragen:
 - a) Was wollte man mit der Einführung des Föderalismus verhindern?
 - b) Was bedeutet „Subsidiaritätsprinzip“?
 - c) Was versteht man unter „Solidaritätsprinzip“?
 - d) Welchen Vorteil haben Landesregierungen gegenüber der Bundesregierung?
 - e) Nennen Sie je eine im Video erwähnte Kompetenz der Länder bzw. des Bundes.
 - f) Wann treten konkurrierende Kompetenzen von Bundesländern und Bund in Kraft?
3. Lesen Sie den kurzen Erläuterungstext über den deutschen Bundesrat.
4. Betrachten Sie die grafische Darstellung des Bundesrats. Tragen Sie mit den passenden Farben ein, welche Parteien die Regierungsvertretungen ihres Landes stellen. Dafür können Sie im Internet recherchieren, beispielsweise auf der Website des Bundesrats: <https://raabe.click/bundesrat/parteien>
5. Betrachten Sie das Schaubild zum Thema Zustimmungsgesetze und Einspruchsgesetze. Erläutern Sie es. Den Text zum Bundesrat können Sie als Hilfestellung verwenden.



Der Bundesrat

Der Bundestag ist das deutsche Parlament. In ihm sitzen die Abgeordneten als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger.

Der Bundesrat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierungen zusammen. Seine Mitglieder repräsentieren also die gewählte Exekutive¹ der Bundesländer und nicht direkt deren Bürgerinnen und Bürger. Die Anzahl der Stimmen, die ein Land im Bundesrat hat, reicht von drei bis sechs und richtet sich nach der Größe der Bevölkerung des Bundeslandes.

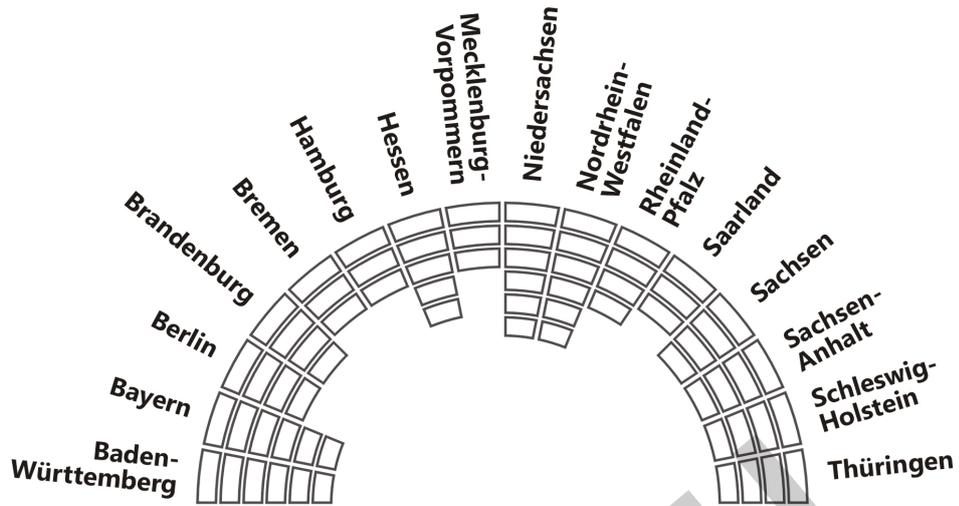
Im Bundesrat zeigt sich die Bedeutung des Föderalismus auch für die Bundesebene: Gesetze aus dem Bundestag sind nicht sofort gültiges Recht. Sie müssen auch den Bundesrat durchlaufen. Artikel 50 des Grundgesetzes beschreibt das so: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.“ Dabei wird zwischen Einspruchsgesetzen und Zustimmungsgesetzen unterschieden.

Bei Einspruchsgesetzen kann der Bundesrat Einspruch einlegen. Geschieht dies, sucht man im Vermittlungsausschuss nach einer Lösung. Das letzte Wort behält jedoch der Bundestag, der das Gesetz mit der nötigen Mehrheit verabschieden kann. Zustimmungsgesetze treten nur dann in Kraft, wenn der Bundesrat ihnen zustimmt.

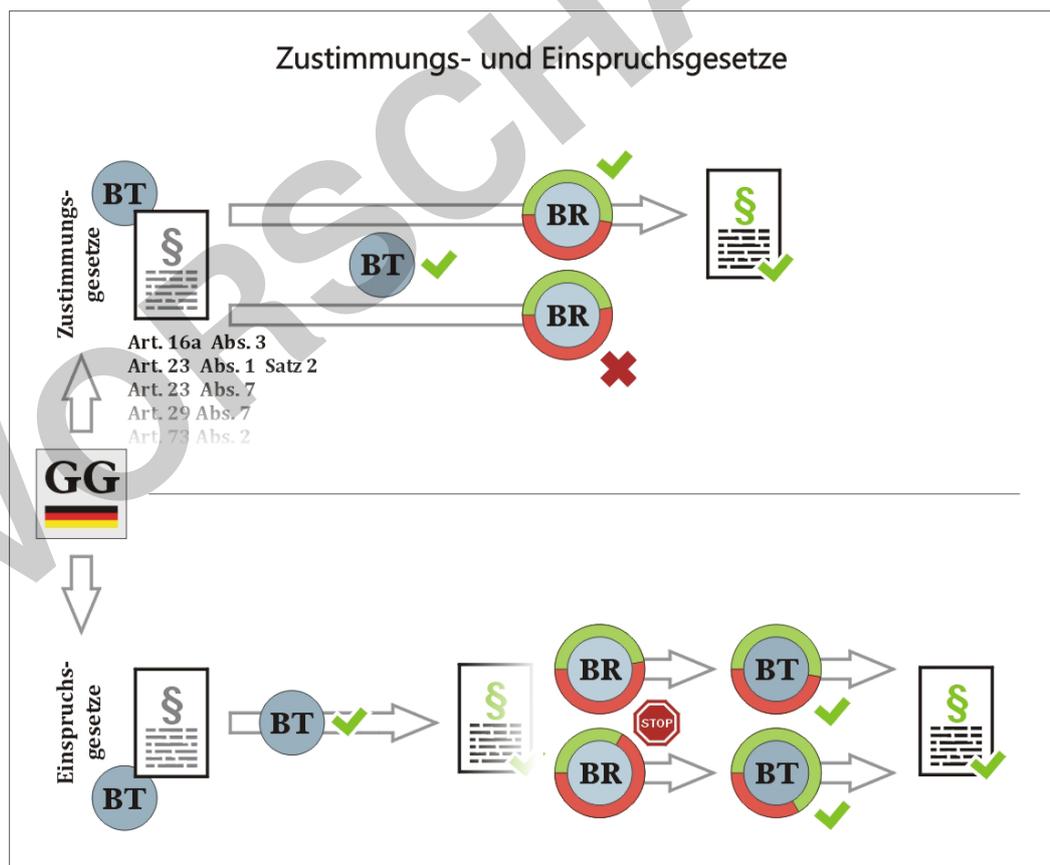
Im Laufe der Zeit ist der Anteil der Zustimmungsgesetze immer größer geworden. Dadurch verlangsamte sich der Gesetzgebungsprozess. Aus Sicht der Länder bietet der Bundesrat jedoch Vorteile, da er Vorhaben der Regierung verhindern kann und auch eigene Gesetzesvorschläge einreichen kann.

¹ Exekutive = ausführende Gewalt

Parteien der Landesregierungen im Bundesrat



Zustimmungs- und Einstimmungsgesetze



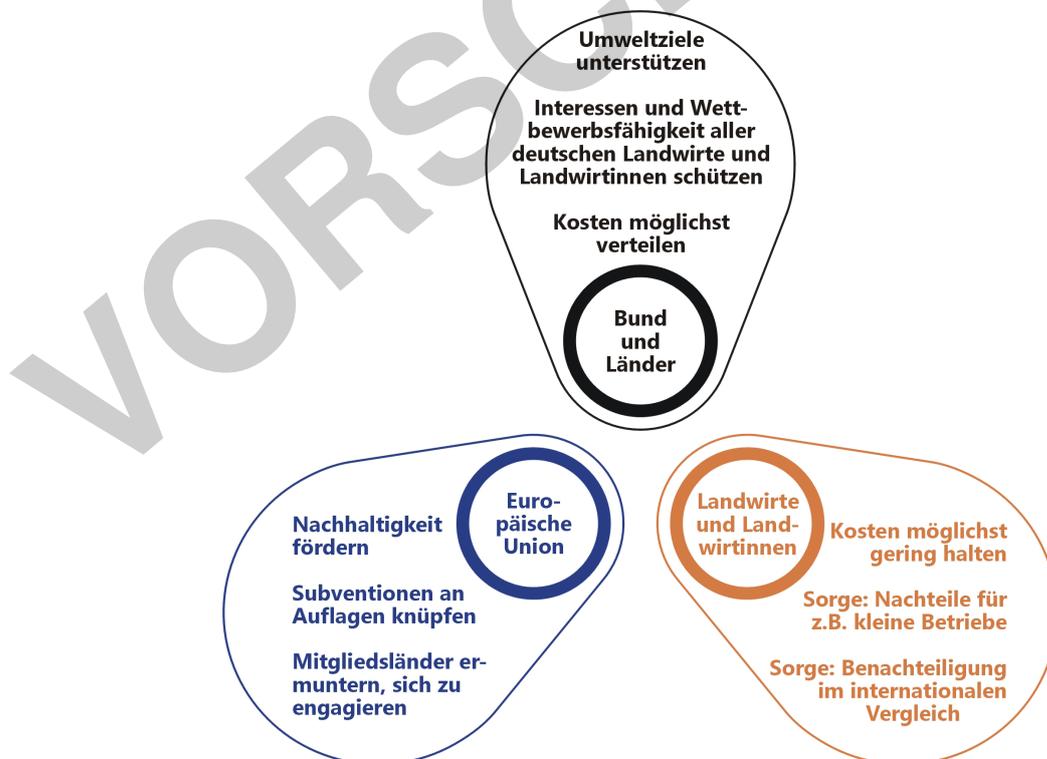
Schaubilder: Max Metz

© RAABE 2024

Die europäische Agrarpolitik

Im Rahmen der GAP – der Gemeinsamen Agrarpolitik – unterstützt die EU Landwirtinnen und Landwirte mit Direktzahlungen und Förderungen. Obwohl dadurch die Landwirtinnen und Landwirte in den europäischen Staaten unterstützt werden sollen, sorgt sie für Konflikte. Das hat verschiedene Gründe:

- Die Höhe der Zahlungen bemisst sich nach der Größe des Betriebs und wird pro Hektar Land vergeben. Davon profitieren vor allem große Betriebe der konventionellen Landwirtschaft.
- Die Zahlungen sind bisher zudem kaum mit Umweltauflagen verknüpft, obwohl die EU eine nachhaltige Bewirtschaftung anstrebt.
- Da die Subventionen¹ in die Pacht eingerechnet werden, kommt das Geld nicht unbedingt direkt bei den Landwirtinnen und Landwirten an: Wer den Grund, der bewirtschaftet wird, nicht erworben hat, leitet einen bedeutenden Teil der Zahlungen an die Eigentümerin bzw. den Eigentümer der landwirtschaftlichen Nutzfläche weiter. Vor allem kleine Erzeugerinnen und Erzeuger bekommen so wenig von den Zahlungen ab. Die deutsche Regierung sieht darin einen Wettbewerbsnachteil für kleinere Betriebe.
- Die zweiten Förderungen dienen Umwelt- und Klimamaßnahmen, sowie der Entwicklung des ländlichen Raums. Hier hat das Mitgliedsland dieselbe Summe an Fördermitteln, die von der EU kommt, noch einmal selbst beizusteuern. Diese Ausgaben werden oft von Staaten gescheut. Somit besteht ein Konflikt zwischen Umweltschutz und regionaler Entwicklung und Finanzierung.
- Aufgrund der Konflikte schlägt die EU-Kommission vor, dass die Mitgliedsstaaten die Maßnahmen, die Kontrolle und die Sanktionen² für Umweltauflagen selbst festlegen sollen.



¹ Subventionen = (finanzieller) Zuschuss aus öffentlichen Mitteln

² Sanktionen = Strafmaßnahmen bei Verstößen

Hinweise und Erwartungshorizonte

Erwartungshorizont (M 1)

Aufgabe 2

- a) Entscheidungen werden nicht zentral von der Regierung des Staates getroffen. Zwar gibt es Themen, die auf der übergeordneten Ebene bestimmt werden, in anderen Feldern sind die Mitgliedsstaaten aber nicht oder kaum weisungsgebunden.
- b) Die Länder können sich bei den Gesetzen einbringen / Die Länder könnten den Bund blockieren wollen, weil sie andere Vorstellungen haben.

Aufgabe 3

Föderalismus beschreibt in Deutschland den Bund (Zusammenschluss) von Bundesländern. Im Bund geben die Bundesländer bestimmte Rechte an den „Dachstaat“ (also Deutschland als Ganzes) ab. Die Länder behalten aber eine eigene Verfassung (Grundgesetz). Somit wird die Macht eines Staates aufgeteilt. Zu den Vorteilen des Föderalismus gehört die Möglichkeit auf die Vielfalt und Besonderheiten von Regionen einzugehen. Ein Nachteil sind Entscheidungsschwierigkeiten zwischen Bund und Ländern.

Hinweise (M 2)

Aufgabe 5 bietet sich als Differenzierungsmöglichkeit und Zusatzaufgabe an. Leistungsstärkere Lernende können damit die Funktionsweise von Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen detaillierter erarbeiten.

Erwartungshorizont (M 2)

Aufgabe 2

- a) Man wollte eine Machtkonzentration – wie zur Zeit des Nationalsozialismus – verhindern.
- b) Der Bund soll die Aufgaben übernehmen, zu denen die Länder nicht in der Lage sind und die das gesamte Bundesgebiet betreffen.
- c) Die Bundesländer stehen füreinander ein, ohne ihre Identität aufzugeben.
- d) Sie haben eine größere Nähe zur eigenen Bevölkerung und kennen die regionalen Bedürfnisse besser.
- e) Mögliche Antworten auf Grundlage des Videos wären für die Länder Strafvollzug, Versammlungsrecht, Gaststättenrecht und Bildungspolitik. Mögliche Antworten auf Grundlage des Videos wären für den Bund Außenpolitik, Passwesen, Einwanderungs- und Währungspolitik.
- f) Länder dürfen nur dann agieren, wenn der Bund seine Zuständigkeit nicht ausnutzt.

Aufgabe 4

Aus welchen Parteien sich der Bundesrat zusammensetzt, kann sich von Landtagswahl zu Landtagswahl ändern. Hier der Stand vom 05. Februar 2024.